

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1921

555 (28.11.1921) Abendausgabe

Badische Presse

Handels-Zeitung.

Verbreitetste Zeitung Badens.

Beilagen: Sportblatt / Technik u. Industrie / Fremdenzeitung / Elener-Kundschau / Feld u. Garten / Reise- u. Väterzeitung / Volk u. Heimat

Einzelnummern und Abonnement-Preise
 Einzelnummern: 10 Pf.
 Abonnement: 300 Pf. (6 Monate)
 Ausland: 400 Pf. (6 Monate)
 Redaktion: Dr. Kurt Meißner

Verlags-Vertrag
 Die Redaktion ist für die Druck- und Verlagskosten verantwortlich.
 Die Druckkosten sind durch die Beilagen gedeckt.
 Die Beilagen sind separat zu bezahlen.

Um Deutschlands Mitarbeit.

U. Paris, 28. Nov. (Drahtbericht.) Die Nachrichten, daß die Washingtoner Konferenz eine deutsche Delegation zuziehen will, verleiht sich. Es hat indessen den Anschein, daß die Zuziehung deutscher Vertreter nicht für die gegenwärtige Washingtoner Konferenz geplant ist, sondern für eine neue Konferenz, die als eigentliche Finanzkonferenz gedacht wäre. Diese Finanzkonferenz würde die Fragen der interalliierten Schulden und diejenigen der deutschen Reparationsschulden im Zusammenhang miteinander behandeln. Die Initiative zu der Einladung Deutschlands scheint von den Amerikanern ausgegangen zu sein. Jedenfalls steht schon jetzt fest, daß der deutsche Gesandtschaftsrat von Therman von amtlichen amerikanischen Kreisen ins Vertrauen gezogen worden ist und daß die englische und italienische Regierung bereits ihre Zustimmung zu dieser Zuziehung einer deutschen Vertretung erteilt haben. Der eigentliche Gedanke dieser Washingtoner Finanzkonferenz dürfte aber englischen Ursprungs sein. Das kann besonders aus dem eifrigen Hin und Her geschlossen werden, das seit einiger Zeit zwischen Berlin und London herrscht. Auf die Londoner Reise Stinnes folgte diejenige des englischen Botschafters in Berlin Lord d'Abernon, und auch der englische Vertreter in der Wiederherstellungs-Kommission, Sir John Bradburn, wird noch in dieser Woche in London erwartet. Er soll von zwei englischen Sachverständigen begleitet sein, die in letzter Zeit die Lage des Staatshaushalts in Berlin distriert haben.

Dazu kommt, daß der englische Abgeordnete Kenworthy, ein erklärter Gegner der Versailles-Bedingungen, in Berlin eingetroffen ist.

Frankreichs ablehnende Haltung.

U. Paris, 27. Nov. Mit der Maßgabe einer Beratung Deutschlands zur Washingtoner Konferenz beschließen sich einige Beobachter. „Zurückhaltend“ bezeichnet Deutschlands Aufnahme als unermüdet. Das Blatt will nicht glauben, daß die amerikanische Nachricht auf Wahrheit beruht. Es ist bedauerlich, daß man in Washington die Abreise Briands abgewartet habe, um die Frage der eventuellen Mitarbeit Deutschlands an der Konferenz aufzuwerfen. Frankreich habe die Einladung nach Washington unter der Bedingung angenommen, daß die Konferenz nur den alliierten und assoziierten Mächten offen stehe. Es sei offensichtlich, daß Deutschland nur zu dem Zwecke nach Washington kommen werde, um eine Revision des Friedensvertrages von Versailles zu verlangen. Frankreich für seinen Teil könne das nicht zugeben.

Schanzers Dementi.

U. Rom, 27. Nov. Wie die „Agenzia Stefani“ meldet, empfing der Minister des Auswärtigen, Marquis Della Torretta, vom Führer der italienischen Delegation in Washington, Senator Schanzer, folgendes Telegramm: „Ich erhalte Kenntnis von Anfragen, die im Senat und der Kammer an die Regierung gerichtet wurden. Euer Erscheinen können mit höchstem Nachdruck die unangenehme Erwähnung der englischen Zeitung dementieren. Der englische Zwischenfall zwischen Briand und mir existiert nicht. Die Beratung in der Kommission war lebhaft, verlief aber stets korrekt. Briand vertrat von neuem den französischen Standpunkt, ich vertrat meinerseits den italienischen Standpunkt von neuem mit Nachdruck. Briand sprach kein Wort, das auch nur im entferntesten gegen Italien gerichtet gewesen wäre. Das Protokoll der Sitzung folgt.“

Die italienisch-französische Spannung.

U. Paris, 28. Nov. Die Agence Havas berichtet: In Pariser diplomatischen Kreisen wird der Gegensatz zwischen der Nähe der französischen öffentlichen Meinung und dem Geisteszustand des italienischen Volkes anlässlich einer unwahrscheinlichen Meldung, die folgende Dementierte wurde, hervorgehoben. Man sei in Paris unangenehm überrascht gewesen, als am Tage nach dem Dementi die italienischen Zeitungen noch die Falschmeldung besprachen und weitere französisch-italienische Kundgebungen stattfanden. Man habe in Paris die Überzeugung, daß diese in keiner Weise gerechtfertigte Haltung Italiens gegen Frankreich nicht andauern werde.

Zeitungsstreit in Italien.

V. Mailand, 28. Nov. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) Die italienischen Typographen sind am Sonntag Mitternacht in einem ständigen Proteststreik getreten. Aus Bologna verläutet, es bestche die Absicht, den Streik auf zwei Tage auszuweiten. Da wahrscheinlich auch die Zeitungsbesitzer in den Streik eintreten werden, ist das Erscheinen der italienischen Blätter für morgen und übermorgen in Frage gestellt. Es handelt sich bei dem Streik um einen Protest gegen die Ermordung eines Seegers und die Verwundung eines anderen durch Falzisten in Triest.

Allelei Russisches.

Während man in Deutschland mit der Möglichkeit rechnet, in absehbarer Zeit der Öffentlichkeit genauer formulierte Pläne über die Art und das Ausmaß des Anteils vorlegen zu können, den Deutschland an dem Wiederaufbau der russischen Wirtschaft haben soll, scheint man in Russland selbst, wenigstens in den Kreisen der Sowjetregierung, der Betätigung des Auslandes mit wachsendem Mißtrauen entgegen zu sehen. Dieses Mißtrauen richtet sich nicht

so sehr gegen Deutschland allein, als gegen das beabsichtigte Zusammenwirken deutscher und englischer Interessenten. Allerdings erhebt in der Moskauer Pravda Radel keine Stimme mit der Warnung, daß der in Bildung begriffene deutsch-englische Trust letzten Endes nichts anderes sein werde als ein Mittel zur Ausbeutung Russlands. Radel bemüht sich, in dieses deutsch-englische Zusammenwirken, für das sich gerade jetzt in den beiden beteiligten Ländern, namentlich aber in Deutschland, führende Wirtschaftsfreunde lebhaft einsetzen, einen Keil zu treiben, in dem er die Behauptung aufstellt, ein derartiges erfahren stehe nicht im Einklang mit der russischen Politik der deutschen Regierung und sei Deutschlands nicht würdig. Er rückt die beteiligten deutschen Kreise dadurch zu sprechen, daß er behauptet, das englische Kapital trachte nur danach, die direkten deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen zu sabotieren und indem er droht, wenn Russland genötigt sein sollte, sich gegen Übergriffe des westlichen Kapitalismus zur Wehr zu setzen, so werde Deutschland als der schwächere der beiden Partner diese russische Abwehr am ehesten zu spüren bekommen. Es will uns scheinen, daß Radel sich mit seiner Kritik wie mit seiner Drohung auf einem falschen Wege befindet. Die führenden Kreise der deutschen Wirtschaft wissen sehr wohl, daß ein Zusammenarbeiten mit England ihnen nicht die Bewegungsfreiheit und auch nicht die Vorteile gewährt, die ein direktes und selbständiges Arbeiten am Wiederaufbau Russlands ihnen ermöglichen könnte — wenn sie dazu kräftig genug wären und nicht mit Bindungen zu rechnen hätten, die sich aus der politischen und wirtschaftlichen Lage Deutschlands ergeben. Sie brauchen die Warnung aus Moskau nicht, um zu wissen, daß in der gemeinsamen deutsch-englischen Betätigung die Gefahr von Nachteilen liegt, der gegenüber sie sehr wachsam bleiben müssen. Auf der andern Seite aber sollte man sich in Moskau sagen, daß gerade die enge Gemeinschaft der Zukunftsinteressen, die Deutschland und Russland verbindet, die deutschen Kreise veranlassen wird, möglichen englischen Ausbeutungsabsichten, die das Maß eines verständigen Zusammenarbeitens sprengen müßten, nach Kräften zu widerstreben. Und schließlich der Beschluß des Rates der Volkskommissare zum Goldrubel als Vermittler für den russischen Staatshaushalt zurückzuführen und die Feststellung, daß die durchschnittliche Entwertung des Rubels sich auf das sechzigtausendfache des Friedenswertes beläuft, spricht eine deutlichere und erstere Sprache als der Widerwille des Herrn Radel dagegen, daß aus der unbedingten notwendigen deutsch-englischen Mitarbeit ein russischer Wiederaufbau auch für diese beiden Länder Vorteile erwachsen würden.

Polnische Politik in den baltischen Staaten.

O. E. Warschau, 27. November. Die Mißerfolge der polnischen Politik in Lettland haben endlich die Neubestellung des seit einigen Monaten vakanten Postens des polnischen Gesandten in Riga als unaufschiebbar erscheinen lassen. Gestern ist der Sozialist Jodko, der bisherige Vertreter Polens in Konstantinopel, in dieser Eigenschaft nach Riga abgereist. Gleichzeitig ist der neue lettlandische Gesandte Rutka, bisher Mitglied der Pariser lettlandischen Gesandtschaft, in Warschau eingetroffen. Angesichts des reinlichen Eintruds der Baltischen Wirtschaftskonferenz mit Sowjetrußland unter Ausschluß Polens und in Anbetracht des Mißtrauens Lettlands in Sachen des Wina-Streites, der lettisch-polnischen Frage und der Grenzdifferezenzen bei Dünaburg soll es die Aufgabe der neuen Männer sein, einen Ausgleich anzustreben. — Der rechtsstehende „Kurjer Warszawski“ unterzieht aus diesem Anlaß die Tätigkeit des früheren polnischen Gesandten in Lettland Kameniedi sowie der polnischen Gesandten in Estland und Finnland einer scharfen Kritik. Das Blatt führt aus, der völlige Mißerfolg ihrer Tätigkeit habe in diesen Staaten das Gute gehabt, daß Polen dadurch vor dem mit einer Spitze gegen Russland angestrebten Bunde mit den baltischen Staaten bewahrt geblieben sei. Ein solcher Bund würde Polen keine große Hilfe im Falle eines Zusammenstoßes mit Russland bringen, dagegen würde Polen Gefahr laufen, in einen etwaigen Konflikt des zukünftigen Russland mit den baltischen Staaten um den für Russland unentbehrlichen freien Zugang zum Meere einbezogen zu werden. Die „Nacjospolita“ bezeichnet ihrerseits diese Ausführungen als sehr beachtenswert.

Der Auswärtige Ausschuß.

U. Berlin, 28. Nov. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Ueber die erhandelnden des Auswärtigen Ausschusses wird folgender halbamtlicher Bericht herausgegeben: In dem heute Morgen zusammengetretenen Auswärtigen Ausschuß machte zunächst Staatssekretär Gröger vom Reichsfinanzministerium eine Mitteilung über den Stand des deutsch-belgischen Abkommens. Sodann trat der Ausschuß in die Erörterung des zweiten Punktes der Tagesordnung ein, der sich mit den Verhältnissen des Memeler Landes befaßt.

Die Wahlen in Hessen.

U. Darmstadt, 28. Nov. Nach dem vorläufigen Gesamtergebnis der hessischen Landtagswahlen wurden insgesamt ca. 452 981 Stimmen abgegeben. Davon erhielten die Soz. 148 379 (bei den Wahlen 273 408), die Deutlich Nat. (hessische Volkspartei) 24 006 (45 785), die D. Vp. 58 902 (62 072), der Hessische Bauernbund 64 301 (0), die Dem. 33 660 (116 252), das Zentrum 78 914 (108 539), die U.S.P. 15 797 (977), die Kommunisten 18 764 (0). Die übrigen Stimmen sind zerstückelt.

Die Mandate verteilen sich wie folgt: Soz. 23 Sitze, (bisher 31), Deutlich Nat. 4 Sitze (5), Hessische Vp. 11 Sitze (7) Hessischer Bauernbund 10 (0), Demokraten 6 (13), das Zentrum 12 (13), Unabhängige 2 (1), Kommunisten 3 (0). Danach verfügen die drei Koalitionsparteien über eine Mehrheit von 10 Stimmen; sie haben 40 gegenüber 30 der anderen Parteien erhalten. Ueberraschend ist das Resultat insofern, als der Bauernbund, der bisher nicht vertreten war, 10 Sitze gewann. Die Wahlbeteiligung war im allgemeinen gering.

Der Abtransport der Amerikaner.

en. Koblenz, 28. Nov. Die „Preßing“ erzählt, daß die amerikanischen Truppen kolonnenweise abtransportiert werden und die Besatzung bis Anfang kommenden Jahres auf die Hälfte reduziert werde; damit den Militärpersonen auch deren Angehörige das Reisegebiet verlassen, werden Wohnungen u. Zimmer in größerem Maße frei, zumal keine französischen Ersatztruppen eintreffen werden. (Der letzte Satz der Meldung bedarf unbedingt noch der Bestätigung. Bisher hieß es immer, daß die Franzosen sofort die freiwerdenden Gebiete besetzen werden, D. Schr.)

Umschau.

28. November 1921.
 Es wird offenbar höchste Zeit, daß Lloyd George nach Washington fährt, denn sowohl in der ostasiatischen Angelegenheit wie in der Abrüstungsfrage sind die Verhandlungen in Washington in ein derart kritisches Stadium geraten, daß der ganze große Aufwand nutzlos veran sein könnte, wenn nicht ein Staatsmann wie Lloyd George bald Herrn Balfour ersucht, um mit Herrn Hughes sich zusammenzusetzen und den Knäuel zu entwirren. In England ist man in der Mehrheit der öffentlichen Meinung heute davon überzeugt, daß die schwierige Situation allein auf das Verhalten Briands zurückzuführen ist. Balfour hatte bereits in seiner ersten Washingtoner Rede darauf hingewiesen, daß die Verminderung der englischen Seemacht im engsten Zusammenhang stehe mit der Berringerung der französischen Landstreitkräfte, weil sonst die bisherige Proportionalität des Kräfteverhältnisses in Europa von Grund auf verändert werde. Briand hat aber nicht nur jede Abrüstung zu Lande von sich gewiesen, er hat sogar das Zugeständnis verstärkter Flottenrüstungen verlangt mit dem Firweis darauf, daß Frankreich seine Kolonialbestände gegebenenfalls zur Verstärkung seiner eigenen Truppen heranziehen müsse und daß eine genügend starke Flotte die Sicherheit des Transports der Kolonialtruppen garantieren müsse. Da sich auch Italien gern von den finanziellen Lasten der Landrüstungen etwas befreien möchte und der italienische Vertreter Schanzer trotz Briands ablehnender Haltung nochmals mit einem Abrüstungsvorschlag in die Debatte trat, so hat Frankreichs Haltung in Washington auch zu einer ersten italienisch-französischen Verständigung geführt, die in der italienischen Presse ein bitteres Echo findet und sich bereits in französisch-italienischen Ausschreitungen entladen hat. Es kommt dabei gar nicht darauf an, ob der Zusammenstoß zwischen Briand und Schanzer sich in den persönlich zugespitzten Formen abspielte hat, wie es nach den Mitteilungen von Berlin in den Anschein hat. Mögen sich die beiden Herren auch mit etwas diplomatischeren und höflicheren Redewendungen begegnet sein, die Tatsache steht fest, daß heute die beiden europäischen Alliierten Frankreichs mit ihrer Politik sich in fundamentalem Gegensatz zu den französischen Forderungen und Wünschen befinden.

Außer in den Fragen, die in Washington zur Debatte stehen, hat dieser Gegenstand keinen Grund in den gemeinsamen englisch-italienischen Interessen im nahen Orient, die durch das Abkommen Franklin-Pouillons mit den Kemalisten stark verletzt sind. Wie stark der Interessengegensatz zwischen den Franzosen und den Engländern in der orientalischen Frage geworden ist, geht aus der Meldung hervor, nach der sich England entschlossen haben soll, die Wirkung des französisch-italienischen Abkommens durch Entsendung eines Kriegsschiffes nach Cilizien, gewissermaßen durch eine Wiederholung von Agadir, illusorisch zu machen. Der diplomatisch stärkste Ausdruck dieser entgegengesetzten Richtung der englischen und französischen Politik war die Rede, die Lord Curzon Ende der vergangenen Woche gehalten hat. Diese Rede ist umso bemerkenswerter, als sie offenbar im Einverständnis mit Lloyd George und dem englischen Kabinett gehalten wurde, also die offizielle Regierungspolitik der Downingsiree widerspiegelt. Es ist erklärlich, daß diese Kundgebung bei den Amerikanern zunächst einiges Erstaunen ausgelöst hat. Denn nachdem sich Balfour von Briand so wacker hatte einfeilen lassen, konnten die Amerikaner glauben, daß zwischen England und Frankreich in der Abrüstungsfrage das höchste Einverständnis hergestellt sei. Da die Amerikaner an der Frage der Landabrüstung kein großes Eigeninteresse haben, so werden sie geneigt sein, die Schuld bei den Engländern zu suchen, wenn aus der Abrüstung der Seestreitkräfte nichts wird. Es wird also Lloyd Georges Aufgabe sein, wenn er nach Washington reist, die Fehler Balfours wieder auszumachen und auch den Amerikanern klar zu legen, worüber bei den europäischen Völkern kein Zweifel mehr bestehen kann, daß im Falle des Mißlingens der Washingtoner Konferenz Frankreich als der Sünder betrachtet angesehen werden muß. Immerhin klingt es, nachdem die Situation inzwischen die gefährlichste Wendung genommen hat, reichlich naiv und überheblich, wenn Briand vor seiner Abreise erklärte, daß es ihm gelingen sei, dem Vorwurf des Imperialismus gegenüber Frankreich ein für allemal ein Ende zu machen, daß leben Völker, nachdem sie alles gehört und erörtern hätten, ihm mit Enthusiasmus ein Vertrauensvotum ausgesprochen hätten, das den Verleumdern den Mund schließen und Deutschland zu denken geben müsse. Man braucht nur dagegen zu halten, daß das „Daily Chronicle“ schreibt, die Tür sei nicht offen, wenn Frankreich sie zuzudrücken könne man nicht wissen, was aus Europa werde, und man erkennt aus dieser Gegenüberstellung sofort die ganze Wertlosigkeit und Vogelfrauschheit des französischen Ministerpräsidenten.

Es dürfte den Engländern nicht sehr freuen fallen — die englische Politik hat ein grundlegendes Interesse daran, — den Amerikanern den wahren Charakter der französischen Politik zu zeigen, zumal auch der Geist, den Frankreich in die Washingtoner Verhandlungen hineingetragen hat, nicht ganz unfehlbar an der Verwirklichung in der ostasiatischen Frage ist. Man wird auch in Amerika erkennen müssen, wie völlig unmöglich es ist, die Fragen des gestörten Weltgleichgewichts mit Erfolg zu verhandeln, ohne daß man die beiden Länder, die auf die Dauer doch die wirtschaftlich bedeutendsten Mächte des kontinentalen Europa darstellen, Deutschland und Russland, mit hinzuzieht. Das geht auch aus den offiziellen Mitteilungen hervor, nach denen Harding die Einladung deutscher und russischer Vertreter für die nächste Konferenz, die eine Fortsetzung der Washingtoner Konferenz sein soll, geplant hat und nach denen der amerikanische Präsident als letzten Trumpf die Streichung der alliierten Schulden an die Vereinigten Staaten bei sauf die Hälfte des Betrages erlangen hat und der nächsten Konferenz vorschlagen will, wenn auf der gegenwärtig tagenden Konferenz doch noch ein Ergebnis in der Abrüstungsfrage zustande kommt. Man sieht, die Amerikaner wollen wirklich ganze Arbeit machen! Was einschlägigen Politikern und Weltwirtschaftlern längst klar geworden ist, was auch offenbar den Verhandlungen von Stinnes mit Lloyd George zugrunde gelegen hat, daß nämlich, das Weltgleichgewicht nur wieder hergestellt werden kann, wenn Deutschland und Russland in der ihrer Bedeutung entsprechenden Weise wieder als Käufer und Verkäufer

